

MARIO CANDEIAS

Links ist nicht genug

Synaspismos steht im Griechischen für Koalition. Seit 1989 verbirgt sich hinter diesem Kürzel ein Bündnis von ehemaligen KP-Mitgliedern, progressiven Linken, Ökologen, Feministinnen und Antimilitaristen. Mittlerweile entsenden sie Vertreter in das griechische, das europäische und in die kommunalen Parlamente aller größeren Städte des Landes. Das Bündnis mit der Kommunistischen Partei ist allerdings ob dieses Erfolges zerbrochen. Seither hat sich *Synaspismos* selbst als Partei etabliert. Mitte Februar kamen nun etwa 100 Teilnehmer zusammen, um sich auf die »Suche nach solidarischen Formen der Ökonomie« zu machen und dem »herrschenden Neoliberalismus entgegenzutreten«, so Präsident Nikos Constantopoulos. Die Ergebnisse neoliberaler Globalisierung seien weithin bekannt, unklar bliebe, warum sie so »erfolgreich« sei. Entsprechend wurde zunächst der Begriff der Globalisierung in den Mittelpunkt der vorwiegend ökonomischen Analysen gestellt.

Mario Candeias – Jg. 1969; Diplom-Politologe, promoviert zur Zeit an der FU Berlin und ist Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie des »Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus«, zuletzt veröffentlicht: »Ein neuer Kapitalismus?« (hrsg. zusammen mit Frank Deppe, Hamburg 2001).

Die Tagung »Globalization, Economic Regulation and the Left« wurde von der griechischen Partei *Synaspismos* ausgerichtet und fand am 14./15. Februar 2002 in Athen statt; ihre Ergebnisse sollen insbesondere in die Neuformulierung des *Synaspismos*-Partei-programms einfließen.

Herman Schmidt, Europaparlamentarier aus Schweden, beschrieb unter dem Eindruck der derzeitigen militärischen Regulation des Weltmarktes Globalisierung und Europäische Union in düsteren Farben. Eine Reregulierung hielt er, ob global oder auf europäischer Ebene, für illusorisch. Statt dessen plädierte er für eine Rückkehr zur flexibleren Kooperation autonomer Nationalökonomien auch innerhalb der Europäischen Union. Auch Frédéric Lordon vom Cepremap-Institut in Frankreich betrachtete die Globalisierung im Prinzip als umkehrbar, dies hätten Erster Weltkrieg und Große Depression gezeigt. Sie sei kein rein ökonomischer sondern ein politischer Prozeß, vorangetrieben durch die nationalen Regierungen. Die neoliberale Globalisierung sei, so analysierte er im Anschluß an Gramsci, das Ergebnis der Konvergenz europäischer und amerikanischer Eliten, die einen neuen hegemonialen Block bildeten. Allerdings rekurrierte Lordon offenbar auf eine verkürzte Form des Begriffs, da bei ihm nur sie Eliten, jedoch nicht auch der partielle Konsens mit subordinierten Klassen zur Sprache kamen. Als Lordon Neoliberalismus schließlich auf eine erzwungene Amerikanisierung reduzierte, wurde der Boden des Konzepts von Gramsci entgültig verlassen. Maria Negreponi-Delivan, Rektorin der Universität Mazedonien, beschrieb Neoliberalismus polemisch als Rückkehr zum »reinen laissez faire« und als Ersetzung nationaler Regierungen durch globale Finanzmärkte. Dagegen betonte Kostas Mellas (Piräus), daß jede Form der Deregulierung immer mit neuen institutionellen wie gesetzlichen Formen der Re-Regulierung verbunden sei. Insofern seien die Na-

tionalstaaten nicht grundsätzlich geschwächt worden, sondern sie hätten sich transformiert.

Als eine der treibenden Kräfte der Globalisierung wurden von mehreren Rednerinnen und Rednern die neuen Informationstechnologien identifiziert. Während Thodoros Pelagidis (Athen) die Substitution menschlicher Fähigkeiten durch Maschinen betonte, sang sein Kollege Nikos Leandros ein Hohelied auf die ›immaterielle Arbeit‹ – nicht Arbeit, sondern Wissen sei nun die wichtigste Quelle des Werts. Von diesen pseudo-analytischen Sichtweisen hob sich der nüchterne Blick Nikos Kaimakis (Athen) ab. Er untersuchte den großen Entwicklungsabstand, den Griechenland im Bereich neuer Technologien zu anderen EU-Ländern aufweist. Bei der Schließung der technologischen Lücke müßten der Staat und insbesondere die (verbliebenen) Staatsunternehmen eine Vorreiterrolle spielen, um neue Formen der Exklusion zu verhindern. Die Gestaltung der neuen Technologien solle nicht den Kapitaleigentümern überlassen bleiben, sondern müsse sich unter Beteiligung der Arbeiter vollziehen. Die politische Kraft letzterer sei allerdings, so Georgia Petraki (Athen), in den letzten 30 Jahren nicht zuletzt durch Transnationalisierung der Produktion und durch Unternehmensaufkäufe gebrochen worden – so seien in den letzten Jahren zehn Prozent aller griechischen Unternehmen von Transnationalen Konzernen aufgekauft worden. Das schlug sich laut Yiannis Psyharis (Thessalia) in Massenentlassungen, Arbeitsintensivierung, Kostenreduktion und in einer Zweiteilung der Entwicklungstempi zwischen den griechischen kleinen und mittleren Firmen und den internationalen Konzernen nieder. Für die griechischen Beschäftigten bedeute dies, eine abhängige Position innerhalb der internationalen Arbeitsteilung einzunehmen. Ilias Ioakimoglou (Athen) zeigte auf, wie sich mit der Wirtschafts- und Währungsunion europaweit ein ›disziplinärer Neoliberalismus‹ institutionalisiert habe. Konnten zuvor noch unterschiedliche Produktivitätsentwicklungen zwischen den einzelnen Ökonomien durch Wechselkursanpassungen kompensiert werden, wurde dies nunmehr durch die Fixierung der Wechselkurse beziehungsweise die Einführung des Euro unmöglich gemacht, wodurch wachsender Druck auf die Löhne ausgeübt wird. Die Lohnkosten gelten nun als wesentlicher Konkurrenz- und alleiniger Ausgleichsfaktor für das Produktivitätsgefälle.

Panos Trigazis (Athen) arbeitete heraus, wie einerseits die Ungleichheiten in der Welt zunehmen, globale Migrationsströme in Gang gesetzt werden und nicht zuletzt Gewalt produziert wird, während auf der anderen Seite die USA ihren Etat für Entwicklungshilfe reduzieren und gleichzeitig ihren militärisch-industriellen Komplex stärken. Das Weltsozialforum von Porto Allegre würde jedoch zeigen, daß die Unzufriedenheit wächst und sich zu artikulieren beginnt. Seine Hoffnung setzte Trigazis auf eine radikale Reform von Internationalem Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation. Miren Etxezarreta (Barcelona) warnte allerdings vor übertriebenen Hoffnungen. Diese Institutionen, und gerade auch die EU, hätten den Neoliberalismus in den Nationalstaaten erst durchgesetzt und nachhaltig etabliert. Sie zeigte, wie immer neue Bereiche der ökonomischen Steuerung auf europäische Ebene gehoben

werden, während die Sozialpolitik den Mitgliedsstaaten überlassen bleibe. Gleichzeitig setze die EU ökonomische, aber auch politische Schranken, um spezifische, neoliberale Formen einer Sozial- und Beschäftigungspolitik zu erzwingen. So werde mit den Abkommen von Amsterdam, Nizza und Lissabon eine neue Art der ›Vollbeschäftigung‹ – über die Schaffung von Niedriglohnssektoren, flexibler und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und workfare (Arbeitszwang) – festgeschrieben.

Gegen Ende der Konferenz standen die »sozialistischen Perspektiven« auf der Tagesordnung. Wie schon bei den meisten anderen Beiträgen war das Repertoire der Reformvorschläge schnell erschöpft. Euclid Tsacalotos von Attac bekräftigte die Forderung nach Einführung der Tobin-Steuer auf internationale Finanztransaktionen. Eliza Papadaki (Athen) forderte vermehrte Staatsinterventionen zur Reduzierung von Ungleichheiten und eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik. Auch Nikos Leandros plädierte für eine Ausweitung der Fiskalpolitik via deficit spending. Thodoros Sakelaropoulos (Athen) malte ein blumiges Bild eines »Sozialismus durch Umverteilung«, der sich am schwedischen ›Volksheim‹ der sechziger und siebziger Jahre orientierte. Darüber hinaus trat er für eine ›Kontrolle der Unternehmen‹ ein (offen blieb allerdings durch wen – vermutlich war der Staat gemeint). Natürlich standen mehr Wachstum und Vollbeschäftigung auch auf der Wunschliste, wobei bemerkenswerterweise kein Wort der Kritik an der geschlechterbezogenen Einseitigkeit und ökologischen Destruktivität derartiger Konzepte fiel. Insgesamt überwog ›reinsten Sozialdemokratismus‹, ohne daß eine sozialistische Perspektive sichtbar wurde. Die Warnung von Marika Fragaki (Athen), Keynesianismus sei zu wenig, vielmehr sei eine politische Kontrolle der Märkte notwendig, verhalte ungehört. Kostas Lapavistas (London) Hinweis, wir bräuchten neue Ideen, die auf Marx aufbauten, hatte angesichts seiner eigenen, durch und durch keynesianisch geprägten Vorschläge etwas hilfloses. Dimitris Milonakis (Kreta) erinnerte an die Debatten um eine »sozialistische Marktwirtschaft« (insbesondere an die Kontroverse zwischen Oskar Lange, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek in den dreißiger Jahren), betonte jedoch, daß es sich noch immer um ein unausgearbeitetes Konzept handle, dessen sich künftige Generationen annehmen sollten.

Insgesamt standen in den Vorträgen wohl die destruktiven Seiten des Neoliberalismus zu sehr im Zentrum. Seine produktiven Züge, ohne die die Kraft neoliberaler Hegemonie nicht zu begreifen ist, wurden kaum thematisiert. Notwendig erscheint heute mehr denn je eine erneuerte Kritik der Politischen Ökonomie und die Mobilisierung von Widerständen. Stärker als technokratische Modelle der Finanzmarktregulierung sind Projekte gefragt, die an der Alltagserfahrung der Menschen ansetzen und über das bestehende System hinausweisen.

Der Ablauf der Veranstaltung offenbarte zudem ein weiteres zentrales Problem: Partizipation Interessierter und Austausch von Ideen war nicht wirklich gewollt – es gab keine freie Diskussion, dafür aber 29 ausführliche, meist viel zu lange Beiträge in viel zu kurzer Zeit. Auf diese Weise lassen sich keine Verbündeten in der Bevölke-

rung gewinnen und keine neuen Ansätze entwickeln. Entsprechend drückte die Veranstaltung in weiten Teilen die Sehnsucht nach einer Rückkehr zum Fordismus und zu vergangenen (wenn auch nur vermeintlichen) Stärken der Linken aus. Die Jahre zwischen 1950 und 1973 wurden als wahres »golden age« (Lordon) beschrieben, in dem eine »ausgeglichenes und gleichberechtigtes Verhältnis« von Kapital und Arbeit (Petraakis) bestanden habe. Die Wiederauferstehung des Nationalstaats (Schmid, Lapavistas und andere) und die Herstellung »nationaler Autonomie« (Christos Pitelis, Athen) wurde beschworen. Tatsächlich, so Lapavistas, sei die Globalisierung nichts Neues, der Neoliberalismus gescheitert, die Finanzmärkte zusammengebrochen – nun sei der beste Moment, den Staat wieder ins Spiel zu bringen. Erstaunlich, wie schnell sich im Kopf die Kräfteverhältnisse zum Guten wenden können, schade nur, daß die materielle Realität hinter den vorschnellen Abgesängen auf die Globalisierung zurückbleibt. Trotz Bekenntnissen zu Internationalismus und globaler Solidarität liefen die meisten Beiträge auf eine Verwirklichung nationaler Wege zum Sozialismus hinaus. Lenin war, neben Keynes, denn auch der meist genannte Theoretiker. Die Konzepte einer Rückkehr zu Keynesianismus und Nationalstaat standen so im auffälligen Kontrast zur antikapitalistischen Rhetorik, mit der der Koordinator der Tagung, Yiannis Tolios, am Ende die Ergebnisse zusammenzufassen suchte und die in der Forderung nach Abschaffung des Privateigentums und nach Verstaatlichung gipfelte – wohl eher ein Armutszeugnis für die Linke (nicht unbedingt für Lenin).